

25 Jastimmen für Entlastungspaket

Abgesehen vom DpL-Wunsch nach Preisdeckel: Abgeordnete haben an Massnahmen gegen Strompreisexplosion kaum etwas auszusetzen.

Elias Quaderer

Alles, was ans eigene Portemonnaie geht, bewegt. Dementsprechend barg auch die Meldung der LKW von Ende September, dass sich die Stromrechnung per 2023 verdoppeln wird, einiges an gesellschaftlichem Sprengstoff. Die Regierung setzte sogleich eine Taskforce ein und konnte bereits einen Monat später ein Entlastungspaket präsentieren, mit dem sie den «Strompreisschock» abfedern will. Und gestern gab der Landtag dem Paket seine Zustimmung – und zwar einhellig. Ein Umstand, der überrascht. Denn in Anbetracht dessen, wie das Thema Strompreis in der Bevölkerung den Puls nach oben treibt, wäre nicht damit zu rechnen gewesen, dass alle 25 Abgeordneten mit den Plänen der Regierung zufrieden sind. Doch kritische Worte gab es an der gestrigen Debatte nur seitens der DpL. Und selbst die Oppositionspartei gab letztlich der Regierungsvorlage ihre Zustimmung.

Entlastungspaket mit «zielgerichtetem Ansatz»

Zum Entlastungspaket betonte Wirtschaftsministerin Monauni gestern nochmals, dass die Re-



Sprach sich gegen das Giesskannenprinzip aus: Wirtschaftsministerin Sabine Monauni. Bild: T. Schnalzger

gierung einen «zielgerichteten Ansatz» wählte. Das heisst, dass die ab 2023 in Kraft tretenden Hilfsmassnahmen nur einem beschränkten Kreis von Unternehmen und Haushalten zukommen. Konkret sieht das Paket für Privathaushalte vor, dass

die wirtschaftliche Sozialhilfe, die AHV-Ergänzungsleistungen sowie die Mietbeiträge für Familien erhöht werden. Und alle Haushalte, deren Einkommen unter 77 000 Franken liegt, haben Anspruch auf eine Einmalunterstützung – die Energiekos-

tenpauschale. Um diese Pauschale zu erhalten, müssen Berechtigte aber einen Antrag beim Amt für Soziale Dienste stellen. Im Wirtschaftsbereich sieht das Paket eine Energiepreissubvention für Unternehmen, die ihre Energiekosten

nicht mehr aus eigenen Mitteln tragen können.

«Mit Vorstoss werden wir Mittelstand melken»

Für diesen Massnahmenkatalog erhielt die Regierung seitens der Abgeordneten vorwiegend lobende Wortew. Einzig der DpL-Abgeordnete Thomas Rehak übte in seinem ersten Votum harsche Kritik. «Mit diesem Vorstoss werden wir den Mittelstand melken» behauptete er. Und «die einkommensschwachen Menschen werden in die staatliche Abhängigkeit getrieben». Sein Gegenvorschlag: Ein Strompreisdeckel, so wie ihn die Wirtschaftskammer gefordert hat. Darauf erwiderte Monauni, dass die Regierung bewusst auf Massnahmen nach dem Giesskannenprinzip – wie eine Strompreisdeckelung – verzichtet habe. «Wollen wir wirklich Landesmittel verwenden, um etwa Unternehmen mit hohen Gewinnmargen zu unterstützen?»

Über Eigenversorgung statt Strompreis debattiert

Doch Thomas Rehak gab sich mit dieser Antwort nicht zufrieden. Er meinte in Richtung Monauni, dass das Problem an

«der Ursache» angegangen werden müsse: Dem tiefen Energie-Eigenversorgungsgrad des Landes.

Damit bewegte der DpL-Abgeordnete die Debatte weg vom Thema Strompreis und hin zum Thema Energieerzeugung. Und hier nutzte Thomas Rehak die Gelegenheit, um wieder einmal die Werbetrommel für das Lieblingsprojekt der DpL zu schlagen: das Rheinkraftwerk. Wendelin Lampert (FBP) meinte dazu nur, dass eine Erhöhung der Eigenversorgung zu begrüssen sei. Doch wenn Rehak wirklich dieses Ziel verfolge, «warum sind Sie dann gegen eine Fotovoltaikpflicht?» Vor diesem Hintergrund seien die Aussagen des DpL-Vertreters «einfach unglaublich».

Aber abgesehen von diesem Geplänkel blieb die Diskussion frei von Kontroversen. Kein Abgeordneter stellte einen konkreten Antrag, die Hilfsleistungen nach oben oder unten zu schrauben. Die Regierung war kaum mit Widerspruch konfrontiert, sondern hatte vorwiegend Fragen zu beantworten. Und nach einer gut eineinhalbstündigen Debatte wurde das Entlastungspaket schliesslich einstimmig verabschiedet.